

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug werden sämtliche Postkonten-Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-6

Die neuangelegte Kompartimentelle oder deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt 2.— M., jedes weitere Blatt 1,50 M., einschließlich Anfertigung. Ausländische Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Bekanntmachungen 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Bekanntmachungen in Wort-Anzeigen: das fertige Blatt 1,50 M., jedes weitere Blatt 1.— M.
Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Katastrophe der Kartoffelversorgung

Weiteres Steigen der Preise — Wachsende Erregung der Verbraucher — Völlige Untätigkeit der Reichsregierung

Auch in den letzten Tagen haben sich die Verhältnisse in der Kartoffelversorgung der Bevölkerung erheblich zuspitzelt. Die Preise steigen unausgesetzt, das Angebot ist nach wie vor sehr knapp. Es handelt sich ganz zweifellos um eine systematische Zurückhaltung der Kartoffeln, geboren aus dem Wunsch nach höheren Preisen. Die Landwirte wollen den Dollarpfennig für Kartoffeln, wie selbst der Ministerpräsident Stegerwald erklärt hat. Der Wunsch nach hohen Preisen ist der wahre Grund für alle die Schwierigkeiten, unter denen die Masse der Bevölkerung jetzt so gewaltig leidet und die sich noch vergrößern werden, wenn nichts dagegen geschieht.

Diese Erkenntnis verbreitet sich jetzt auch in den Kreisen der nichtsozialistischen Arbeiter. In der Zeitung „Der Deutsche“, dem Blatt Stegerwalds, wird folgender Passus aus dem Industriegebiet veröffentlicht:

„Die fortwährenden Beiseuerungen der Regierung, daß die Kartoffelversorgung gesichert sei, erweisen sich als unrichtig. Alle Bemühungen, die gemacht werden, um der lohnarbeitenden Bevölkerung die für den Winterbedarf so notwendigen Kartoffeln zu sichern, scheitern. Im Industriegebiet herrscht die allgemeine verbreitete und glaubwürdige mitgeteilte Auffassung, daß seitens der Erzeuger die Kartoffeln nur geliefert werden, wenn ein ihnen genehmer Preis geboten wird. Viele von den im Industriegebiet ankommenen Kartoffeln sind schlecht und ungesund und ungelesen verladen. Der Händlerpreis erhöht sich fortwährend.“

Die Ernte hat nach den Veröffentlichungen der Presse genügend Kartoffeln gebracht. Die Regierung erklärte mehrmals in hochförmlicher Form eine Sicherstellung der Kartoffelversorgung, und die Bevölkerung hörte von einem Erzeugerpreis von 35 bis 40 M. und einem Händlerpreis von 50 bis 55 M., und nun kommt es auch im dritten Nachkriegsberbst noch schlimmer als bisher. Der „Segen“ der aufgehobenen Kartoffelzwangswirtschaft offenbart sich in einer dampfhaften Wucherwirtschaft.“

So ist es in der Tat. Die freie Wirtschaft ist dampfhafter Wucherwirtschaft. Das sehen jetzt endlich auch die christlichen Arbeiter ein. Aus Gelsenkirchen ging folgendes Telegramm an das Reichswirtschaftsministerium ab:

„Kartell der christlichen Berufsverbände für Gelsenkirchen und Umgegend verweist auf wucherhafte Kartoffelpreiserhöhung. Händlerpreis 90—100 M. je Zentner. Einkauf für Lohnempfänger unmöglich. Starke Erregung vorhanden. Katastrophale Folgen muß Regierung abwenden.“

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter wandte an das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft ein Telegramm, in dem es heißt:

Auf der Beamtenkonferenz wurde festgestellt, daß in allen Bergwerksgebieten ein geradezu beispielloses Wucher mit den Kartoffeln getrieben wird. Im Einzelverkauf (pfundweise) werden 100 M. für den Zentner gefordert. Bei Abgabe von ganzen Zentnern 80—90 M. pro Zentner. In einigen Gebieten werden schon von den Landwirten Preise von 75—100 M. pro Zentner verlangt. Dieser Wucher erzeugt unter der Arbeiterklasse eine ungeheure Erbitterung, welche die schlimmsten wirtschaftlichen Folgen haben kann.“

Trotzdem will die Regierung in völliger Untätigkeit verharren. Der Reichs- und Staatskommissar Mehlisch hat wegen der Kartoffelversorgung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes mit dem Reichsernährungsminister Hermes Unterhandlungen gepflogen. Trotz der Widerlegung durch das Wirtschaftsministerium, das ausdrücklich festgestellt hat, daß die Behauptung unrichtig ist, in diesem Jahre würde weniger rollendes Material zum Versand der Kartoffeln zur Verfügung gestellt als im Vorjahre, hat Herr Hermes diese Unwahrheiten verbreitet.

Was aber will Herr Hermes tun? — Nichts!

Er hat erklärt, er habe bereits einen Erlaß an die landwirtschaftlichen Organisationen gerichtet und sie ersucht, die Landwirtschaft mit Nachdruck zu einer verstärkten Ablieferung der Kartoffeln anzuhalten. Er sei auch bereit, in einzelnen Städten, wenn ein akuter Mangel sich ergeben habe, auf eine bevorzugte Wagenstellung hinzuwirken. Die Festlegung von Richtlinien seitens der provinziellen Präsidialstellen in Verbindung mit landwirtschaftlichen Organisationen halte er für eine erwägenswerte Maßnahme; sein Ministerium werde diese Frage prüfen und sich mit dem Reichswirtschaftsministerium in Verbindung setzen.“

Das ist alles. Nichts von einem wirksamen Vorgehen gegen die wucherhaften Preiserhöhungen, nichts gegen die sträfliche Zurückhaltung der Ware. Von Herrn Hermes drohen den Agrariern und Händlern keine Gefahren. Er ist und bleibt ihr Schutzherr, und das, trotzdem die Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaften, der „Deutsche Gewerkschaftsbund“, in einer Eingabe an das Ernährungsministerium erklärt hat:

„In das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft richten wir in Vertretung der zum Deutschen Gewerkschaftsbund gehörenden 2 1/2 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten die dringende Bitte, für die denkbar bestmögliche Versorgung der Hauptverbrauchsgebiete und weiter für eine Senkung der Preise überall da zu sorgen, wo diese zu Wucherpreisen

von der bürgerlichen Mehrheit als ein untaugliches Mittel abgelehnt, das nur den Landwirt schädigen kann.“

Von der Landwirtschaft ist deshalb keine Selbstzucht, kein freiwilliges Herabdrücken der Preise zu erwarten. Es bleibt nur der eine Ausweg: Beseitigung des freien Handels, Einführung eines Umlagezwangsverfahrens, das die Kartoffelversorgung der städtischen Bevölkerung sowohl dem Umfang wie der Preishöhe nach sichert. Diese Forderung ist so auch, wie aus der Eingabe der christlichen Gewerkschaften hervorgeht, die Forderung der christlichen Arbeiterklasse.

Erfüllt die Regierung sie nicht, so wird sich mit Recht die Erbitterung gegen sie richten. Der Reichsfinanzler Birich hat bei den verschiedensten Gelegenheiten Worte des Verständnisses für die Notlage der Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger gefunden. Jetzt hat er zu zeigen, ob er die Konsequenzen aus diesen Worten ziehen und trotz des Widerstandes der Landwirte zu Taten übergehen will, die die Verbraucher schützen.

Der Sieg des Proletariats

müß morgen errungen werden. Dazu muß die gesamte Berliner Arbeiterschaft an die Wahlurne gebracht werden, keine Stimme darf der unabhängigen Sozialdemokratie verloren gehen! Das aber

hängt ab von der Kleinarbeit

des Wahltages! Unterschätze niemand die ausschlaggebende Bedeutung der mühevollen, aber fruchtbringenden Kleinarbeit! Nur wenn alle Parteigenossen und Parteigenossinnen den ganzen Tag unermüdet am Werke sind, wird der Sieg errungen werden

für die Unabhängige Sozialdemokratie

ausgearbeitet sind. Wir halten nach Fühlungnahme mit Sachverständigen einen Preis von 45 bis 50 M. ab Station für durchaus genügend, auch vom Gesichtspunkt der Produktionsfreudigkeit aus, und wir verlangen, daß Käufer und Verkäufer, die höhere Preise geben und nehmen, rücksichtslos von der Wuchererregung erfaßt werden. Wir verlangen weiter, daß alle Kartoffeln, die über den notwendigen Eigenbedarf hinaus am 1. November noch nicht dem Verbrauch zugeführt sind, der Beschlagnahme unterliegen sollen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund stellt dem Ministerium seinen gewerkschaftlichen und politischen Einfluß zur Erreichung dieser Ziele vorbehaltlos zur Verfügung.“

Herr Hermes denkt trotzdem nicht daran, in diesem Kampf zwischen den Wucherabsichten der Agrarier und Händler und den Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung auf die Seite der letzteren zu treten. Er hält an seiner freien Wirtschaft fest, trotzdem sie die Masse der Bevölkerung dem Verhungern nahe bringt, Elend und Not verbreitet, zu neuen Lohnbewegungen zwingt und das Wirtschaftsleben schwer erschüttert. Er fügt sich den Wünschen der Agrarier, die die jetzigen Wucherpreise für durchaus berechtigt halten. In einem Artikel der Zeitung „Reichsbund“ wird unter Fälschung der Zahlen über die Produktionskosten der Landwirtschaft ein Kartoffelerzeugerpreis von 87,20 Mark herausgerechnet. Das würde einen Verbraucherpreis von mehr als 100 Mark pro Zentner bedeuten. Auch damit wird aufs neue behauptet, daß der Wunsch nach Wucherpreisen die Ursache der Kartoffelnot und des Steigens der Kartoffelpreise ist. Die landwirtschaftlichen Organisationen denken nicht daran, auf ihre Mitglieder im Sinn eines Preisdrucks einzuwirken. Sie tun das Gegenteil. Nach Angabe der Landwirte sind die Händler an den hohen Preisen schuld. Das haben sie bereits gesagt, als die Getreidepreise stiegen. Sie jammerten: die Landwirte sind die Verführten der Händler. Wie aber steht es in Wirklichkeit? In Nr. 35 der Zeitung „Der brandenburgische Landwirt“ heißt es in dem Bericht über eine Vorstandssitzung folgendermaßen:

„Der Vorschlag einzelner Herren jedoch, auf unsere Mitglieder allgemein im Sinne einer Senkung der Preise für Getreide einzuwirken, indem wir auffordern, die ihnen von den Händlern gebotenen Preise als zu hoch zurückzuweisen, wurde

Worte — aber keine Taten

Ergebnislose Verhandlungen

Berlin, 14. Oktober.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wurde seitens der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer Besprechung mit Minister Dr. Hermes lebhaft Klage über die augenblickliche Lage der Kartoffelversorgung geführt. Die Klagen wurden damit begründet, daß die Kartoffeln nur stöckend anrollten und infolgedessen der Bevölkerung die Möglichkeit genommen sei, sich ausreichend für den Winter mit Kartoffeln zu versorgen. Besonders bei unruhig wirkenden hohen Preisen, die ein Eingreifen der Regierung gegen die wucherische Ausbeutung der Konsumenten notwendig machten.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wies in längeren Ausführungen darauf hin, daß die Kartoffelfrage im wesentlichen eine Transportfrage sei. Die Wagenstellung für Kartoffeln sei infolge verschiedener ungünstiger Momente, insbesondere der Unmöglichkeit, die Wasserstrassen zu benutzen, im September nicht ausreichend gewesen. Durch die dadurch bedingte Knappheit seien die Preise sprunghaft in die Höhe gestiegen. Er habe sich daher bereits vor längerer Zeit mit dem Reichsverkehrsministerium in Verbindung gesetzt und auf eine Verstärkung der Wagenstellung gedrungen. Es müsse anerkannt werden, daß die Zahl der gestellten Wagen in der letzten Zeit in erfreulicher Weise gestiegen sei und zur Zeit täglich etwa 6500 betrage. (Trotzdem sind aber die Preise weiter gestiegen! Red. d. Fr.) Diese Zahl entspreche derjenigen des Vorjahres. Durch weitere energische (welche?) Maßnahmen hoffe er, daß noch eine weitere Verstärkung erzielt werde.

Die augenblickliche Preisgestaltung bedauere er im Interesse der Konsumenten lebhaft. Von einer generellen Festlegung von Höchst- und Richtpreisen verspreche er sich jedoch mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Ernte in den einzelnen Teilen Deutschlands und den bisher gemachten Erfahrungen keinen wesentlichen Erfolg, sondern viel eher einen Schaden für die Konsumenten. Die Erfahrungen hätten gezeigt, daß nach der Festlegung von Höchstpreisen die Ware vom Markt verschwände und der reelle Handel sich vom Geschäft zurückziehe. An seiner Stelle übernehme der Schieberhandel das Geschäft und das Publikum wäre genötigt, sich ausschließlich zu einem erheblich teureren Preise mit Kartoffeln zu versorgen als vor Festlegung der Höchstpreise. Dagegen müsse versucht werden, in stärkerem Umfang als bisher Verbraucher und Erzeuger in Berührung zu bringen um eine unmittelbare Beseitigung der Konsumenten herbeizuführen (damit fallen aber die Preise nicht), zu diesem Zwecke halte er es für wünschenswert, daß sich die großen Konsumentenverbände mit den maßgebenden landwirtschaftlichen Verbänden in Verbindung setzen und unter Festlegung eines den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragenden Preises Lieferungsverträge abschließen. (Derselbe Betrug wie im Vorjahre!) Nach dieser Richtung hin seien bereits Verhandlungen in seinem Ministerium eingeleitet; er sei jedoch bereit, nochmals der Landwirtschaft den Abschluß solcher Lieferungsverträge zu empfehlen.

Seitens der Vertreter des Gewerkschaftsbundes wurde der Wunsch vorgetragen, mit Nachdruck auch gegen diejenigen Händler und Landwirte vorzugehen, die sich des Wuchers schuldig machten, und zu diesem Zwecke der Ausbau der Preisprüfungsstellen angeregt.

Minister Hermes erklärte sich bereit, auch diese Frage zusammen mit dem Reichswirtschaftsministerium nochmals eingehend zu prüfen und bestimmte Anweisungen an die Preisprüfungsstellen herauszugeben.

Morgen fällt die Entscheidung über Groß-Berlin!

Männer und Frauen der werktätigen Bevölkerung, Arbeiter, Angestellte, Beamte —
Heraus zur Wahl! Alle Stimmen für die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie!

England stimmt zu!

Belanntgabe der Genfer Entscheidung am Dienstag

Nach der Aussage des Vorsitzenden des Deutschen Ausschusses für Oberschlesien, des Landrats Dr. Lukaschek, herrscht unter der Bevölkerung der Teile Oberschlesiens, die an Polen abgetreten werden sollen, starke Erregung. Die verantwortlichen Stellen seien aber bemüht, die Ruhe aufrechtzuerhalten, damit der polnischen Seite keine Gelegenheit gegeben werden könne, einen Putschversuch zu unternehmen. Dem Ausschuss des Völkerbunds sei es nicht gelungen, eine Grenzlinie auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages zu ziehen, Dr. Lukaschek sei der Überzeugung, daß sowohl formell als materiell ein Verstoß gegen den Friedensvertrag vorliege, und er könne daher nicht glauben, daß der jetzige Lösungsvorschlag das letzte Wort über das Schicksal Oberschlesiens bedeute.

Nach den jetzt aus London und Paris vorliegenden Meldungen hat es jedoch den Anschein, als ob England und Frankreich sich über die Ausführung des Genfer Gutachtens bereits geeinigt hätten, und daß die Alliierten dem Gutachten des Völkerbundsrats zustimmen würden. In den letzten Tagen hatte man sich in Deutschland mit der Hoffnung getragen, daß die englische Regierung den deutschen Vorstellungen Beachtung schenken würde, nach denen der Genfer Beschluß eine Verletzung des Friedensvertrages bedeute, und daß es zum mindesten notwendig sei, in einem unparteiischen Rechtsverfahren eine vergleichende Nachprüfung vorzunehmen. Die englische Regierung stimmt dieser Auffassung nicht zu, vielmehr will sie sich der französischen Ansicht anschließen, wonach die politische Grenzziehung in Oberschlesien das Recht der Alliierten sei, und daß lediglich über die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Einheit Oberschlesiens eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen herbeigeführt werden müsse. Das geht aus folgendem Telegramm hervor:

EE. Paris, 15. Oktober.

Havas meldet aus London: Balfour, der vorgestern Abend in London eingetroffen ist, wurde gestern vom englischen Ministerrat, der zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten war, angehört. Balfour gab Bericht über die Arbeiten des Völkerbunds und die Entscheidung, die er in seiner Empfehlung bezüglich Oberschlesiens getroffen habe. Er legte ausdrücklich dar, daß der Völkerbund von einem sehr objektiven Standpunkt ausgegangen sei und daß er alle früheren Polemiken beiseite geschoben habe, die die ober-schlesische Frage auf den Plan gerufen hatte, indem er sich nur von dem Ergebnis der Volksabstimmung leiten ließ. Der Völkerbund hat die Frage von Anfang an geprüft, und es war seine erste Sorge, eine politische Grenzlinie festzusetzen, die keinesfalls eine wirtschaftliche Sperrbarriere darstellen sollte. Nachdem das englische Kabinett die Darlegungen Balfours angehört hatte, nahm es ohne Einschränkung die vorgeschlagene Lösung des Problems an, indem es dem vom Völkerbunde geschaffenen Best einstimmig Beifall gab. Die englische Regierung nahm also nicht nur die vom Völkerbund beschlossene Grenzsetzung an, sie stimmte auch allen wirtschaftlichen Empfehlungen zu, ohne gewisse Grundzüge anzustellen, die geeignet wären, der Lage Rechnung zu tragen.

Die Grundzüge, von denen hier die Rede ist, beziehen sich auf die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Das in dieser Beziehung einzuschlagende Verfahren soll folgenden Verlauf nehmen: Die englische Regierung entsendet einen Sachverständigen nach Paris, der sich mit dem Rechtsberater des französischen Auswärtigen Amtes über die Mittelteilung, die Deutschland und Polen zugehen soll, verständigen soll.

Es handelt sich darum, so wird dem „Matin“ berichtet, getreu nach dem Buchstaben des Vertrages von Versailles zu verfahren, wenn man die Empfehlung von Genf als die Entscheidung der Alliierten übermitteln würde, sowohl was die Grenzfrage als auch das Wirtschaftsregime des Industriebezirks anlangt. Es scheint die Absicht der Alliierten zu sein, daß die Ueberweisung der ungeteilten Gebiete in höchstens einigen Tagen erfolgen sollte.

Das Reutersche Bureau erzählt weiter von „zuständiger Seite“, also wohl aus den Kreisen der englischen Regierung,

daß die Vorschläge des Völkerbundsrats über die Erhaltung der Wirtschaftseinheit die Grundlage eines zwischen Deutschland und Polen abzuschließenden Abkommens bilden sollen. Die Ausführung der Beschlüsse soll durch eine gemischte Kommission überwacht werden, die zu gleichen Teilen aus Polen und Deutschen aus Oberschlesien bestehen, und deren Vorsitz ein vom Völkerbund ernannter Unparteiischer führen soll.

Die Abmachungen zwischen Deutschland und Polen würden Bestimmungen für die Fortdauer des wirtschaftlichen und des sozialen Lebens verkörpern, ferner den Fortbestand der früheren Einkaufsmärkte der Industrie in dem von Deutschland abgetrennten Teile für die Rohstoffversorgung, um alle Uebelstände zu beseitigen, die sich aus dem Ertrag der deutschen durch die polnische Markt in jenen Gegenden ergeben sollten, die Polen zugesprochen sind. Es sollen auch Bestimmungen geschaffen werden zum Schutze der Eisenbahnen und der öffentlichen Einrichtungen, ferner solche, die die Arbeiter vor dem Verlust der Vorteile bewahren sollen, die sie bisher durch die deutsche Gesetzgebung und durch die Organisationen der deutschen Gewerkschaften genossen haben. Endlich sollen gewisse Sicherheiten bezüglich des Privateigentums geschaffen werden. Keine Enteignung soll vorgenommen werden dürfen. Den Bevölkerungsminderheiten zu beiden Seiten der Grenze soll ausreichender Schutz gewährt werden.

Wir hören weiter, daß die Botschafterkonferenz sofort zusammentreten und den Regierungen in Berlin und Warschau den Schiedsspruch vielleicht schon am Dienstag bekanntgeben soll. Inzwischen habe die Interalliierte Kommission in Oppeln alle Vorbereitungen zu treffen, damit die Entscheidungen schon am kommenden Donnerstag zur Durchführung gelangen könnten.

Die Pariser Presse nimmt bereits an, daß sich keinerlei Mißbilligungen zwischen London und Paris mehr ergeben könnten. Es scheint aber, daß diese Annahme auf den Wunsch der französischen Regierung zurückzuführen ist, möglichst schnell die ober-schlesische Frage zu regeln und der deutschen Regierung keine Zeit mehr zu lassen, auf eine Aenderung der Entscheidung einzuwirken. Einige Blätter glauben allerdings, daß auch von polnischer Seite Schwierigkeiten kommen könnten, weil man dort nicht damit zufrieden sein würde, daß die politische nicht auch die wirtschaftliche Grenzlinie sein sollte. Der „Clair“ behauptet sogar, daß die Empfehlung des Völkerbundes hinsichtlich der wirtschaftlichen Fragen die polnischen Interessen auf das Schwerste verletze und den Triumph Deutschlands im Osten Europas vorbereite. Auch Vertinag im „Echo de Paris“ sieht einen Widerstand der Polen voraus. Was Lloyd George und seinen Kollegen immer wieder am Herzen gelegen war, nämlich die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens, sei nun tatsächlich verwirklicht worden, das industrielle Oberschlesien werde seine ausschließlich deutsche Organisation behalten, und wenn auch ein Stück Oberschlesiens der polnischen Oberherrschaft überantwortet werde, so bleibe doch die wirtschaftliche Vorherrschaft des Deutschen Reiches aufrecht erhalten. Es bleibe deshalb nicht erstaunlich, wenn Polen die Abmachungen, die man von ihm fordert, ablehnt. Was würden die Mächte tun, fragt Vertinag, wenn Warschau ihrer Einladung keine Folge leistet?

Ob diese Auffassung zutrifft und ob wirklich die wirtschaftlichen Interessen des Deutschen Reiches durch die Genfer Entscheidung nicht beeinträchtigt werden, darüber wird man erst urteilen können, wenn der Wortlaut vorliegt. Das Beste an dem Genfer Beschluß ist die Empfehlung an Deutschland und Polen, sich direkt über das künftige wirtschaftliche Schicksal Oberschlesiens zu verständigen. Es wäre das Tüchtigste, was überhaupt geschehen könnte, wenn die Erregung über das, was Deutschland genommen werden soll, oder die Enttäuschung darüber, was Polen nicht bekommt, zu einer Ablehnung des Verständigungsversuches führen würde.

Es wäre jedenfalls ein hinverbranntes Beginnen, jetzt dem Entscheid des Völkerbundsrats, den die Botschafterkonferenz sich sicherlich zu eigen machen wird, der Entente und dem Völkerbund den Kampf anzulegen. Die ober-schlesische Frage ist gewiß nicht von der Entente aus Liebe zur Gerechtigkeit aufs Tapet gebracht worden. Von Anfang

an war der Zweck der Uebung die Absicht einer weiteren Schwächung Deutschlands. Die Leute aber, die jetzt über das große Unrecht zernern, die jetzt noch nicht begriffen haben wollen, daß Krieg und Friedensvertrag mit Recht und Gerechtigkeit nicht das Allermindeste zu tun haben, daß inselbesseren auch Deutschland nicht das Recht, sondern nur den Siegerwillen zu spüren bekommt, sollten doch auch wieder einmal einen kleinen Augenblick sich vergegenwärtigen, was deutsche Anexionisten sich gegelieft haben, als sie noch im blinden Glauben an Ludendorffs Uebermenschenentum sich dem törichtesten Wahne hingaben, Deutschland könne halb Europa in die Tasche stecken. Es wäre ein Verbrechen am deutschen Volke, jetzt auf neue eine Deiveradopolitik einzuleiten und obendrein in einem Augenblick, wo Deutschland von der Gefahr des völligen Zusammenbruchs bedroht wird.

Was Polen erhalten soll

Paris, 15. Oktober

Nach einer Berechnung des „Matin“ sollen durch den Beschluß des Völkerbundsrates Polen 81 Prozent der Kohlenförderung, 70 Prozent der Eisengewinnung und sämtliche Zinkgruben überwiegen werden.

Italiens Druck auf Oesterreich

EE. Wien, 14. Oktober.

Bundestagler Schuber referierte heute im Ausschuss für Auswärtiges im Nationalrat über das Ergebnis der Konferenz in Venedig. Neu war an seinen Ausführungen die Mitteilung, daß er in Venedig unter einem starken Druck stand, den der italienische Außenminister Della Torretta auf ihn ausübte, indem er die Frage der Kredithilfe für Oesterreich mit der westungarischen Angelegenheit in Verbindung brachte. Della Torretta erklärte nämlich, daß Oesterreich das vorgeschlagene Kompromiß annehmen möge und deutete hierbei an, daß sowohl die italienische und die französische Regierung auf dem Standpunkte stehen, daß die Kredithilfe der Alliierten von einem Nachgeben Oesterreichs in der westungarischen Frage abhängig gemacht werden sollte.

Die Mitglieder des Ausschusses für Auswärtiges nahmen diese Mitteilung mit Erregung entgegen.

Noch nicht das letzte Wort

J. Prag, 15. Oktober.

Die Prager Blätter schreiben zu dem Abkommen von Venedig, man habe in Venedig noch nicht das letzte Wort gesprochen. Es liegt jetzt an der „Kleinen Entente“, ihr Urteil über Venedig abzugeben.

Sieg der Richtung Serrati

Mailand, 15. Oktober.

Nach dem vorgelegten Abstimmungsergebnis erhielten von den vorgelegten Resolutionen die Resolution Serrati 45 000 Stimmen, Turati 20 000 Stimmen, Alessandri 9000 Stimmen, Lazzari 3000 Stimmen. Auswändig sind noch 11 000 Stimmen. — Die Resolution Serrati, die danach als angenommen gelten darf, spricht sich für die Diktatur des Proletariats, gegen die Teilnahme an der Regierung und für die Erhaltung der Einheit der Partei aus.

Schließung der Gewerkschaften in Warschau

Warschau, 14. Oktober.

Im Zusammenhang mit der feindlichen Haltung der Gewerkschaften zu den neuen Plänen des Finanzministers Michalski (hinsichtlich der Aufhebung des Achtstundentages) haben die Polizei in den Räumen des Zentralkomitees der polnischen Gewerkschaften, sowie bei einigen anderen Arbeiterorganisationen Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Räume des Zentralkomitees wurden verriegelt und bis auf weiteres geschlossen. Gleichzeitig wurden einige Verhaftungen unter den Gewerkschaftlern vorgenommen.

Der Wahltag

Erzählung von Gottfried Keller

(Fortsetzung.)

„Ja könnte allerdings“, antwortete der Jüngste etwas trockig und hinst, „den Stühlen ebenfogut an einem anderen Tag kaufen, obgleich ich nicht gern in der Woche im Land herumlaufe. Aber ich will es nur gestehen, daß mich die Wahlen nicht viel kümmern!“

„Und warum nicht?“ fragte der Alte.

„Weil“, sagte Peterli, „ich nicht so denke, wie mein Bruder, sondern im Gegenteil unzufrieden bin, da alles am Schnürchen gezogen wird, wie jene Bioge, die eine listige Bauernfrau der Kuh an den Schwanz gebunden hat, damit das Kind einschlafe, während sie Bohnen streut!“

„Nun“, rief der Alte, „so geh hin, du Schwermüder und hau das Schnürchen ab!“

„Wie soll ich es abhauen?“

„Geh zu den Wahlen, zif: Ho! Ho! He! Nach Lärm und sag: Da seht's dort! Seht's, der gefällt mir nicht, er hat dies und jenes getan oder nicht getan, den und den wollen wir wählen! Halte fest auf den, und wenn er nicht durchgeht, so unterzieht du dich bis zum nächsten Mal und hast deine Pflicht getan!“

„Das ist eben die Not“, sagte Peterli, „ich kenne niemand, dem ich stimmen könnte, es ist niemand am Weg, es geht ja nichts vor, wobei man auf irgendeinen aufmerksam wird, es streckt keiner den Kopf hervor, der ein neues Gesicht hat.“

„Der Ratsaal“, unterbrach der Alte ernst, „ist kein Schneckenladen, in dem immer neues Zeug ausgehängt zu sein braucht; die neuen Gesichter erweisen sich zuweilen als bloße Gesichter, an welche sich durchaus kein ehrwürdiger Schimmel der Zeit und Erfahrung ansetzen will. Wenn du aber niemand kennst, dem du deine Stimme geben kannst — wie willst du dazu kommen, einen kennen zu lernen, wenn du allen öffentlichen Verhandlungen, sei es in Angelegenheiten der Gemeinde, des Kantons oder der Eidgenossenschaft, aus dem Wege läufst? Nur dort kannst du hauptsächlich beobachten, wie sich der und jener benimmt, und du mußt ein sehr unangenehmer Gesell sein, wenn nach Verlauf einiger Zeit irgendein Mann den Eindruck auf dich macht, daß du ihn eher als einen anderen im Rat sehn möchtest. Denn einen von den Vorhandenen wirst du am Ende wählen müssen, wenn du überhaupt willst vertreten sein, da du nicht wirst warten wollen, bis gerade in deinem Wahlkreis ein solcher Prophet aufsteht, wie du ihn in deinem Kopfe ausgedacht hast. Darin hast du recht, daß du denjenigen so gut als möglich kennen lernen möchtest, dem du stimmen sollst; dazu ist aber nötig, daß man selbst etwas Menschenkenntnis besitzt und sich selbst auch Rechenschaft zu geben versteht über das, woraus es ankommt.“

Du bist Feldschüh; um so mehr sieh' drauf, daß der Ratmann, dem du deine Stimme gibst, auch eine Art Feldschüh sei, welcher auf unbestimmte Distanzen und ohne künstliche Vorrichtungen zu schießen versteht auf dem Platz, auf den er gestellt wird. Das heißt, daß er sein eigenes Gewissen frei und frank in der Hand trage, wie du deinen Feldstutzen, und es angeht die Ereignisse zu brauchen verstehe; kurz, daß er seinen Schuß selbst lade und ihn abgebe auf sein eigenes Mannesgewissen und nicht so in das verabschiedete Haufengewissen hinein, wo einer sich hinter dem andern versteckt, und alle sich gegenseitig mit schreckbaren Neben Mut machen müssen.

Sieh' zu, ob einer ein Urteil über die Dinge habe, eh' er die Zeitung gelesen hat, und wenn es auch schlicht und lustlos ist, aber ob immer nur nachher.

Sieh' auch zu, ob einer in allen Fällen mit seiner Meinung zum voraus festig ist, eh' er die anderen gehört hat, und mit dem Vorsatz in die Beratung geht, auf nichts zu hören und keine Gründe auf sich wirken zu lassen; denn statt eines solchen könnte man ebenfogut einen hölzernen Mann hinschicken.

Einem, den man nie einjam sieht, der wie eine freie Stunde für sich lebt und denkt, sondern der jeden mühsigen Augenblick hinter den Karten zubringt, gib deine Stimme nicht, außer es wäre denn ein sehr kluger Mann; denn es gibt allerdings auch solche, welche in Gottes Namen einmal nicht allein sein können und immer etwas treiben müssen.

Einem, der bei jeder Gelegenheit mit allen Gloden läutet, seine Gegner im Großen Rat verächtlich und lächerlich macht und ihnen nachher lachend die Hand drückt, stimme beiseite nicht, denn ein solcher wird in den großen Dingen nie etwas ausrichten!

Stimme keinem, der um dich herumgeht, wie die Kasse um den heißen Brei, oder der dir ein Gesicht macht, als ob er dich fressen wolle, wenn du ihm nicht stimmst; und auch keinem, der dich fürchten würde, nachdem du ihn gewählt hast!

Einem, der lügt, und wenn es auch für die gute Sache wäre, gib niemals deine Stimme, und endlich auch keinem Weinlächer oder Karioffelnbräuner!

„Gut“, sagte Peterli, „da kann ich mich nur gleich auf die Beine machen, um alle die Beobachtungen noch bis um zwei Uhr anzustellen.“

„Heute wirst du allerdings nicht mehr viel sehen können“, erwiderte der Großvater, „aber um so nötiger ist es, daß du den Anfang machst und gleich heute in die Versammlung gehst. Schon die Art, wie die Hervorragenden mit mehr oder weniger offenem Tone sprechen und wie sie dreinschauen, wird dir für den ein' und andern einen günstigen oder ungünstigen Eindruck machen, welchen du nachher bei anderen Versammlungen und Gesprächen weiter verfolgen kannst. Wenn du z. B. einen siehst, der ruhig und in sich gesammelt auf seinem Platze verharrt und das,

was er etwa zu sagen hat, ohne Zögern und mit Sicherheit vorbringt, aber mit wohlwollendem Blicke, so wird er dir besser gefallen, als vielleicht einer, der beständig umherläuft, von einem zum andern, sich geschäftig erweist, die Versammlung mit gierigen Habichtsblicken belauert und fortwährend wie von einem bösen innern Feuer verzehrt zu sein scheint; obgleich damit nicht gesagt ist, daß dieser nicht vielleicht eine ehrliche, wenn auch ehrgierige Haut und jener ein durchtriebener und listiger Patron sein kann. Aber dein Instinkt für jenen kann dennoch der richtige sein, da die Selbstbeherrschung für einen Ratmann eine Haupttugend ist und niemals ohne gute Früchte bleibt.

Doch wie steht es mit dir, Meister Jakob? Du scheinst mit den ernsthaftesten Abhaltungsgund zu haben, da du eine Frau suchen willst. Aber könnte man nicht sagen, du würdest dazu ein besseres Recht erwerben, wenn du vorher deine Bürgerpflicht erfüllst? Denn wenn du Hausvater wirst, so bist du mit doppelter Fäden an das öffentliche Wesen geknüpft, welches lediglich aus den gesamten Familien des Landes besteht und den Bestand desselben schützt.“

„Nun“, sagte der Brautshauer, „ich glaube, eine Frau könnte ich auch morgen und übermorgen noch bekommen. Wer offen gesagt, habe ich auch noch einen andern Grund, mich nicht hart um die Wahlen zu kümmern, wenn etwas Besseres zu tun ist.“

„Und das wäre?“

„Ei“, fuhr Jakobli fort, „man hat mir gesagt und es scheint mir auch so, unser kantonales Wesen mit seinem Großen Rats habe nicht mehr viel zu bedeuten, alles dränge jetzt der Einheit zu, der Auflösung der Kantone in ein Ganzes, des Kleinen in das Große, und da muß ich gestehen, daß ich keine Freude habe, leeres Stroh drehen zu helfen!“

„So?“ rief der Alte, fast heilig erschauern. „pfeiff du auch aus dem Loch? Was willst du mit deiner Schweiß ohne ihre alten und neuen Kantone? Eine ausgefressene Schüssel, ein leeres Faß würde sie sein, ein weggeworfener Bienenkorb ohne Waben! Ein in ein Faserfeld, auf dem die Rasse weiden, ungarbeiteter Garten würde sie sein! Nein, er ist schön, der tolle schweizerische Vandes- und Wastentod, aber ein politischer Schmutz sind wir, wer nicht sein reinliches, selbstgewobenes Hemd schärfen Standeslebens darunter trägt; es ist fatalisch, das rote Ehrenkleid der Helvetia mit dem Kreuz auf der Brust; aber höchst ehrbarlich und von gutem Herkommen zeugend sind die zwelundzwanzig schneeweißen Hemdschen, welche sie im Kasten hat, das Zürcherische mit einem weiß und blauen Schildein am Herzschild. Ohne Bund gibt es keine Eidgenossen, ohne Kantone keinen Bund, ohne Vetterlein im Großen und Guten keine Kantone: das ist der Stein-Schnitt im Gewölbe unseres Vaterlandes.“

Daß aber unser Kanton in diesem Vetterlein rühmlich vorangehe, das hängt von dem Großen Rat ab, den wir heute zu

Seht in Eure Geldbeutel!

Seht in Eure Geldbeutel — das ist mit den Worten der deutschnationalen „Täglichen Rundschau“ der Sinn des letzten Appells an das Bürgertum. Der Schutz des Geldsacks ist der einzig leitende Gedanke, ist die Grundlage der ganzen bürgerlichen Kommunalpolitik, ist die Triebkraft des bürgerlichen Ansturms auf das Rote Haus.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Wollt Ihr es dulden, daß die, die nur ihren Geldsack schätzen, die Macht in Berlin an sich reißen? Soll der Geldbeutel dieser Leute noch voller werden, sollen alle Ausgaben der Gemeinde immer nur aus Euren kargen Mitteln, aus Eurer Not herausgepreßt werden?

Nein! Morgen müßt Ihr alle Mann für Mann mit allen stimmberechtigten Familienmitgliedern zur Wahl gehen und geschlossen stimmen

für die Liste der USPD.

Die Verantwortungslosigkeit triumphiert,

wenn die Kommunisten in der künftigen Stadtverordnetenversammlung Einfluß haben. Drei Sitzungen haben sich mit der Neuverteilung der Gebühren für Elektrizität, Wasser und Gas beschäftigt.

Niemals waren die Kommunisten erschienen.

Sie wollten keine Kenntnis haben von der Notwendigkeit, für die Erhöhung der Löhne und Gehälter der händischen Arbeiter und Angestellten Einnahmen zu schaffen. Wenn es nach ihnen ginge, so könnten

die händischen Arbeiter und Angestellten verhungern.

Um das zu verhindern, hat die Unabhängige Partei beantragt, den Gaspreis nicht um 25, sondern nur um 15 Pf. zu erhöhen. Die Kommunisten haben gegen diesen Antrag gestimmt. Sie sind deshalb mitschuldig, daß die Erhöhung um 25 Pf. beschlossen wurde. Geht dieser Verantwortungslosigkeit einen wichtigen Denkzettel. Wählt die Liste der

Unabhängigen Sozialdemokratie!

Der Gipfel der Frechheit

Wiederholt sind die bürgerlichen Parteien mit der Behauptung haften gegangen, daß die Ausgaben der Stadt Berlin auf Veranlassung der Sozialisten aus den Gehältern der Sparkasse beglichen würden. Der Magistrat hat durch B. T. B. eine Erklärung verbreiten lassen, worin dieser Schwindel ausdrücklich richtiggestellt worden ist. Trotzdem wird von den rechts stehenden Blättern diese Wahllüge aufs neue verbreitet. Wie verantwortungslos diese Rechtsparteien und ihr Presseorgane handeln, zeigt diese unverantwortliche Stimmungsmache ganz deutlich. Die kleinen Sparersollen zu einem Ansturm auf die Sparkasse aufgepeitscht werden, obwohl dazu jede Veranlassung fehlt. Im Gegenteil, gerade durch die verantwortungsbewusste Politik der sozialistischen Parteien ist den Einzählern der händischen Sparkasse ihr Guthaben im vollen Umfange gesichert geblieben.

Die deutschnationale „Tägliche Rundschau“, die sich in der Hege gegen das sozialistische Groß-Berlin durch besondere Struppellosigkeit hervortut, schreibt heute morgen wörtlich:

„Beamte, Angestellte, Arbeiter der Stadtverwaltung! Ihr seid nur eben noch bezahlt worden mit dem Geld, das man ungeschicklicherweise aus der Sparkasse der Sparrer genommen hat. Mit euren eigenen Ersparnissen hat das rote Regiment seine Schulden an euch bezahlt. Rechnet euch aus, wie lange das reichen kann! Arbeiter und Angestellte, es geht um den Lohn für eure Arbeit. Sparrer, es geht um die Sicherheit eurer Kospennige.“

Der deutschnationale Pfarrer Koch, der vom Kammerer Karding schon einmal öffentlich Lügen gestraft worden

wählen haben. Er soll eine Leuchte sein unter den Kantonen in Erfüllung der Bundespflicht wie in Verwaltung und Fortbildung seiner selbst, ein Erhalter der fruchtbringenden Mannigfaltigkeit unseres Schweizerlandes, und hoffentlich wird die Zeit bald kommen, wo die Kantone von ihrer ersten Verfassung, welche sie über dem lustigen Getümmel der neuen Bundeseinrichtung beibehalten, sich erholend, von ihrem Vorschlagsrechte Gebrauch machen und in eigenständiger lebendiger Bewegung miteinander weiteifern.

Also jetzt nur aufgetrieben und mitgenommen, wer ein guter Eidgenosse und ein guter Zürcher ist, keines ohne das andere, die Hälfte davon wird nicht angenommen.“

Die drei Wahlscheuen getrauten sich nicht länger, dem Allen davonanzufleischen, sondern gingen willig mit ihm den Berg hinunter.

(Schluß morgen in der Unterhaltungsbeflage.)

Sängerkorps Normarts-Südost (Hochschule für Musik). Ein kurzes Wort vom Chore selbst: das Material ist gut, besonders die Bässe sind mächtig. Auf edleres Singen sollte jedoch mehr Gewicht gelegt werden. Daß höheres künstlerisches Streben beim Chormeister Bothe vorhanden ist, bewies der ausgefallene und durchdachte Vortrag des Liedes „Das Dorf“ von Bartók. — Es wirken mit die nicht gut disponierte aber sonst sehr geschmackvolle Sängerin Rose Walter und der etwas draugängerische effektvolle Organist Johann Rohrbach. A. N.

Tages-Notizen

Schulübertragungen. Freitag, 24. 10. Der Jahreshalt Herr Tiedt — 2. Schuljahr 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Kapellmeister Alexander Birbaum ist in einem Stimmwechsel bei aufgesehen die Rückkehr für die Hungernden in Maßstab bereits eine Ausspielung mit einer Beziehung vor. (Gesellschaft: Mittelmeer, 27-28.)

Kleine Mitteilungen. Neben die Kultur der Gegenwart und den Einfluß von Konsummissionen, Technik, Sozialismus und Religion auf das philosophische Bewußtsein spricht Dr. Victor Engelhardt in einer für den nächsten Vortrag der Humboldt-Hochschule, die Montag, 6. Uhr, in der Dorarstraße, 12. beginnt.

Die Wiltke-Karve. Unter diesem Titel veranstalten Frau Frau Freund Kallischer und Frau Dr. Camilla Gieseler-Wahlmann einen Vortrag über die Kallixen-Gewächse. Der erste Abend der Kallixen-Karve findet Montag, 6. Uhr, im Kaiserhof, Kallixenstraße, 10. statt.

Die Gesellschaft für Gefährdete veranstaltet Dienstag in der Sala Kochstraße 13 einen Bildbroschürenabend von Dr. Wilhelm Meißel über „Die Jugend und das Verbrechen“. Anfang 7 1/2 Uhr. Eintrittsgeld 2 Pf.

Veranstaltungen der Volkshochschule in Spanien. Um ein erfolgreiches Zusammenarbeiten der Hörer der Volkshochschule mit den Dozenten und der Beschäftigten herbeizuführen, wird im kommenden Wintersemester eine neue Einrichtung getroffen werden. Die Hörer jeder Vorlesung sollen sich sofort in der ersten oder zweiten Stunde der Vorlesung melden. Die Dozenten oder die Geschäftsführung werden die Namen der Hörer an die Dozenten oder die Geschäftsführung mitteilen.

ist, darf natürlich bei der Verbreitung einer solchen, große Teile der Bevölkerung aufzufindenden Latenznachricht nicht fehlen. In dem Wulle-Blatt schreibt er:

„Denn die händischen Werke sind überhand, und die händische Sparkasse muß immer wieder herhalten, um das Leuzerke abzumenden.“

Wir können nur wiederholen, daß diese Behauptung einfach aus der Luft gegriffen ist. Aber die Methode der deutschnationalen Agitation in der Gemeinde deckt sich durchaus mit den Methoden dieser unglücklich verantwortungslosen Partei in Reich und Staat. Arbeiter, Angestellte, Beamte, die bei der händischen Sparkasse ihre Kospennige eingezahlt haben, können am 16. Oktober gar nicht besser tun, als ihre Stimme derjenigen Partei geben, die den entschiedensten Kampf gegen die deutschnationale Struppellosigkeit führt: der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Straßenhändler und Stadtparlament

Dieses Thema wird der Stadtverordnete Zimmermann und der in Händlerkreisen gutbekannte Kollege Karl Brendel, in der am Sonnabend, den 15. Oktober, abends 1/8 Uhr, in der Aula der Kaiserlichen Realschule, Dresdenstraße 113, zwischen Prinzenstraße und Oranienbrücke, stattfindenden öffentlichen Händlerversammlung, behandeln.

Die Straßen- und Markt Händler Groß-Berlins haben sich in den letzten Jahren in dem Verband Deutscher Händler und reisender Gewerbetreibender, Sitz Magdeburg, gut organisiert und wollen bei der Neugestaltung unserer Stadtverordnetenversammlung nicht Gemacht bei Fuß stehen. Gerade in letzter Zeit haben die Feinde des ambulanten Gewerbes im Stadtparlament versucht, die Händler zu schädigen.

Weiße Kreise der proletarischen Kleinhandlärer haben daher großes Interesse an der Zusammenlegung der Parlamente im allgemeinen und im besonderen an dem Berliner Stadtparlament. Die Groß-Berliner Händlerschaft muß ihre ganze Kraft einsetzen, um den Feinden des Proletariats am 16. Oktober eine Niederlage zu bereiten. Die Händler müssen alles daran setzen, um am 16. Oktober der U. S. P. D. zum Sieg zu verhelfen. Die ambulante Händlerschaft Groß-Berlins wird im eigenen Berufsinteresse aufgefordert, die Versammlung zu einer maßvollen Kundgebung zu gestalten.

„Die Karre im Dred“

Der Wunsch der Monarchisten

In einer deutschnationalen Wählerversammlung im Kriegervereinshaus sagte gestern der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Hergt, u. a.:

„Einzelheiten werden ja den Verhandlungen des demnächst zusammen tretenden Reichstages vorbehalten werden. Aber soviel kann schon heute gesagt werden: Das Kabinett Witt-Rathenau ist erledigt und muß erledigt bleiben. Ein schmälicheres Fiasko in der äußeren und inneren Politik ist nicht denkbar als diese Politik, die alles auf eine Karte, auf Oberstleuten, gesetzt hat. Denken Sie an die Zeiten vor 1914 zurück. Was hätten Kaiser und Könige, was hätten Fürsten mit ihren Ministerpräsidenten in einer solchen Lage getan? Keine Stunde länger wären sie geblieben. Das nannte man „Würde des Amtes“. Aber jetzt hat man es mit anderen Deuten zu tun. (Zuruf: „Halunken, Schufte!“)

In seinen weiteren Ausführungen, mit denen sich Hergt insbesondere gegen den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung wandte, sagte er:

„Es dürfte ihr (der Deutschen Volkspartei) auch nicht möglich sein, mit dem Kreditangebot der Industrie und Landwirtschaft die Karre aus dem Dred zu ziehen. Wir brauchen ein neues Firmenschild, auf dem die Namen von Deuten stehen, die bisher unbelastet sind.“

Man merkt es diesen vom latianischen Haß gegen die Republik erfüllten Worten an, daß die Deutschnationalen inbrünstig den Augenblick herbeisehnen, wo „die Karre im Dred“ stecken bleibt. Diese politische Perversität findet ihre Erklärung in den weiteren Worten, daß das Reich „ein neues Firmenschild“, mit anderen Worten: die Monarchie brauche. Das ist Sinn und Zweck der Hege, die die Deutschnationalen führen, das ist das Streben jener „Unbelasteten“, die Volk und Reich zur Katastrophe getrieben haben und nun das Feuer schüren, um das arbeitende Volk vollends zugrunde zu richten.

Wähler und Wählerinnen! Geht diesen Schamlosen die entsprechende Antwort, indem ihr den morgigen Wahltag zu einer Katastrophe für die deutschnationale Würderrakte macht!

Der Geist von Potsdam

Die „Bereinigten Elternbeiräte der weltlichen Schulen Neutrans“ senden uns die folgende Zuschrift: Sei lewei noch — der Geist, der alles von oben herab reglementiert und auf das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden pißt! Er wittert Morgenluft und übt sich, wie wilsand unter Wilhelm, in kleinlichen, satanischen Verboten. Ordnung da z. B. die Schulverwaltung Neutrans an, daß aus schultechnischen und pädagogischen Gründen die weltliche s. Knabenschule, die mit einer katholischen Schule in einem Hause in der Anseebstraße untergebracht ist, von dort verlegt wird und zwar in das Schulgebäude der s. Mädchenschule am Marienbeker Weg. Sofort verbietet die Schulregierung von Potsdam diese Verlegung. Einige reaktionäre Schulmänner, die ja am liebsten die weltlichen Schulen ganz abwürgen möchten, hatten nämlich Mißfallen an dieser Verlegung gefunden. Die Eltern der betroffenen konfessionellen Schule wurden von den bekannten Drahtziehern mobil gemacht, ein Sturm im Wallertale wurde inszeniert, um den verachteten, weltlichen Schulen und dem nicht minder verachteten Leiter der Schulverwaltung, Stadtrat Dr. Löwenstein, eins auszuwichen. Dies genügt dem Herrn Minister, um eine schultechnisch dringliche Maßnahme verbieten zu lassen, zum Schaden der Kinder der weltlichen Schule. Die Elternschaft wird alle Mittel anwenden, um eine sofortige Zurücknahme dieses willkürlichen Verbotes zu erzwingen. Am 16. Oktober aber sei die Parole: „Nixder mit dem Geist von Potsdam!“

Der Nowarra-Schwindel

Dieser Tage ging eine Nachricht durch die Presse, die wohl von dem früheren Geschäftsführer der Kleider-Vertriebs-Gesellschaft, Herrn Nowarra, inspiriert war und die behauptete, daß das Verfahren gegen Nowarra eingestellt sei. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Tatsache ist, daß das Verfahren gegen Nowarra wegen Betruges und Unterschlagungen noch bei dem Untersuchungsrichter Schwebe.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß in allen bürgerlichen Versammlungen der Fall Nowarra benannt und zu durchsichtigen Zwecken ausgeschleiert wird. Wenn man ein Bild von der angeblichen Lüderwirtschaft in der Stadtgemeinde Berlin im allgemeinen und bei den kommunalisierten Betrieben im besonderen geben will, führt man regelmäßig den Fall Nowarra an; er soll beweisen, mit wie wenig Verantwortung seitens der Gemeinde gearbeitet wird. Die guten Bürger vergessen hierbei nur, daß der gesamte Aufsichtsrat der K. S. G., der aus 19 Ber-

retern bestand, nicht einen einzigen Sozialisten Reihlen hatte. Man hatte hierfür ganz bedeutende Kompositionen der Kaufmannschaft, so den Stadtrat Maack, Herrn Ostrow, Heilmann von der Firma R. M. Nagen, Herrn Ostrow Tich, den Inhaber der Firma Gerson, Herrn Carl Winkler von dem Verband der Maßschneider, dann noch einige Rechtsanwälte, Stadtbauräte, Bürgermeister und Regierungs-Beisitzer ausersucht. Die Mißwirtschaft, die tatsächlich bis 1920 in der K. S. G. herrschte, ist lediglich durch die unerträgliche Arbeit der sozialistischen Partei aufgedeckt worden, und seitdem die Gesellschaft unter dem „roten Magistrat“ arbeitet, hat sie sich zu einem vernünftig geleiteten Unternehmen entwickelt, das, sobald die alten bürgerlichen Sünden gesühnt sind, sicherlich ein zum Besten der Bevölkerung arbeitendes Werk zu werden verspricht!

Die Unterhaltsrente für uneheliche Kinder

Das Kammergericht hat in der Frage der Bemessung der Unterhaltsrente für uneheliche Kinder in Groß-Berlin den in einem früheren Beschluß vom 26. Februar d. J. vertretenen Standpunkt, daß ein Durchschnittsbetrag von 150 M. monatlich zum Unterhalt eines unehelichen Kindes ausreichend sei, nunmehr aufgegeben, und sich in einem neuerlichen Beschluß vom 28. September d. J. dahin ausgesprochen, daß nach den Lebens- und Einkommensverhältnissen, wie sie sich inzwischen gestaltet haben und von der Stadt Berlin ermittelt auch aus den Reichsindexziffern ersichtlich sind, die auf Zubilligung einer höheren Unterhaltsrente als 150 M. monatlich gerichtete Rechtsverfolgung erfolgversprechend erscheint.

Da es sich um eine Entscheidung des gleichen Zivilsenats handelt, so dürfte der angeführten Entscheidung grundsätzliche Bedeutung beizumessen sein.

Gegen Massenentlassungen der Kommune

Der Gesamtbetriebsrat der händischen Betriebe und Verwaltungen übermittelte uns folgende Erklärung:

In der Stadtverordnetenversammlung am 18. Oktober 1921 stellte der Herr Kammerer Karding die Behauptung auf, daß der Gesamtbetriebsrat der händischen Betriebe und Verwaltungen des Magistrats Berlin hätte seine Zustimmung zu Massenentlassungen gegeben. Trotzdem der Stadtverordnete Deitmer diese Behauptung sofort als unwahr zurückwies, erklären wir nochmals ausdrücklich, daß

1. der Gesamtbetriebsrat weder einer Person noch einem Magistratskollegium irgendwie die Zustimmung zu Massenentlassungen gegeben hat;

2. auf Grund des Abfertigungsgeldes, welches den Straßenbahnern bei freiwilligen Austritten gezahlt worden ist, sich der Gesamtbetriebsrat im Einvernehmen mit dem Lohnrat veranlaßt, die Zahlung des Abfertigungsgeldes in Höhe von 2000 M. an alle übrigen freiwillig ausscheidenden Arbeitnehmer beim Magistrat zu fordern. Wir können in dieser Angelegenheit eine Zustimmung zu irgendwelchen Entlassungen nicht erblicken;

3. müssen wir überhaupt grundsätzlich jede Massenentlassung ablehnen, bevor nicht die Verordnung des Demobilisierungskommissars vom 12. Februar 1920 für die Betriebe der Stadt Berlin in Anwendung gebracht wird.

Die geprellten „Zurffreunde“

Beim Amtsgericht Charlottenburg fand gestern Termin zur ersten Gläubigerversammlung im Konkurs der Sportbank Heinrich Klebanki an. Der Konkursverwalter Hinrichsen gab einen ausführlichen Bericht über die Sachlage, aus dem folgendes festgehalten sei: Der Gemeinshuldner, von Beruf Malermeister, kam aus Lod in Preußen 1919 nach Berlin, versuchte sich hier mit Grundstückspekulationen und veräußerte dabei nicht den Besitz der Rennbahnen. Dem Zuge der Zeit folgend, wurde dann im Juni von ihm der „Wettlonger der Zurffreunde“ gegründet, und zwar angeblich aus eigenen Mitteln. Wie üblich, wurde eine großzügige Kessame ins Leben gerufen und dem Publikum bekanntlich in zwei Monaten doppeltes Geld für eingezahltes Kapital versprochen. Aber noch ehe die erste Auszahlung stattfand, sah Klebanki sich gezwungen, Mitte Juli die Dividende auf 50 Prozent zu ermäßigen. Mit Hilfe von zahlreichen Betreibern gelang es auch, eine große Zahl von Einzählern zu gewinnen, namentlich in Berlin, Hamburg, Nürnberg, Breslau und Leipzig. Durch den reichlichen Geldstrom veranlaßt, erwarb Klebanki für 252 000 Mark zwei eigene Rennpferde und erkaufte in der Hofstraße 9 das Geschäftsslokal für 100 000 Mark. Zu gleicher Zeit stellte er dem bereits in Schwierigkeiten befindlichen K. S. G. ohne jede Sicherheit ein Darlehen von 150 000 Mark zur Verfügung. Durch die inzwischen einsetzende Agitation gegen die Sportkonzerne gingen auch bei Klebanki die Geschäfte an. In letzter Zeit gehen, und bald traten Schwierigkeiten ein. Die von einem schlesisch herbeigebrachten Bücherrevisor aufgestellte Bilanz per 1. August 1921 läßt bereits mit einem Reinerlust von 1 728 730 Mark ab. Immerhin wurden noch erhebliche Aktioposten, unter anderem ein Kassenbestand von 100 000 Mark, nachgewiesen. Klebanki verweirte jedoch noch die liquiden Mittel, und erst nachdem die Bilanz einen Reinerlust von 1 917 795 Mark aufwies, stellte er Antrag auf Konkursöffnung. Die beiden erworbenen Rennpferde hat er für 150 000 Mark an einen Trainer verkauft.

Diesen Verkauf anzusehen, ist dem Verwalter bisher nicht gelungen, da die vorgeschundene Buchführung nicht erakt ist. Das einzige greifbare Aktivum besteht aus dem vorgeschundenen Inventar im Geschäftslokal Hofstraße 9. Da das Konkursverfahren sehr erheblich durch Nachschulden, Vorratshorderungen usw. belastet ist, ist nach dem augenblicklichen Stande des Konkurses dessen Einstellung mangels Masse nicht von der Hand zu weisen. In demselben Dividende kann den nichtvorberechtigten Gläubigern nicht in Aussicht gestellt werden.

Mit anderen Worten: wer so dum war, dem hiederen Malermeister auf den Leim zu gehen, kann sich den Schaden beheben: Er beträgt insgesamt rund zwei Millionen Mark. Ob die guten Leuten jetzt klüger werden? ... Die Pektion war jedenfalls nicht billig!

Die Brotkommissionen Nr. 101 und 204, Schwedter Straße 234, werden am 21. Oktober nach Eberwälder Straße 10 verlegt und dort mit der 118. Brotkommission vereinigt. Die vergrößerte 118. Brotkommission wird am 22. Oktober eröffnet. — Die 99. Brotkommission, Zehdenicker Straße 18, wird am 21. Oktober d. J. durch Hinzunahme der 98. Brotkommission, bisher Zehdenicker Straße 17, und der 100. Brotkommission, bisher Kappeler Straße 47, vergrößert. Die vergrößerte 99. Brotkommission wird am 22. Oktober eröffnet.

Die Vermittlungskasse für Schwerbeschädigte weist darauf hin, daß die nächste Versammlung der nach § 11 des Schwerbeschädigten-Gesetzes gewählten Vertreterversammlung am Montag, den 17. Oktober, abends 7 Uhr, im Rathaus, Sitzungssaal 109 (nicht Bürgeraal), stattfindet. Regere Beteiligung ist erwünscht.

Erhöhung der Beherbergungssteuer. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer letzten Sitzung einer Nachtragsvorlage des Magistrats zugestimmt, wonach die Deckung für die Aufbesserung der Unterhaltungs- u. v. neben der Platzsteuer, für die der Magistrat unverzüglich eine genaue Vorlage ausarbeiten soll, auch durch eine Erhöhung der Beherbergungssteuer erfolgen soll. Der in dieser Hinsicht früher gefaßte Beschluß wurde dahin ergänzt, daß die Beherbergungssteuer von 10 auf 15 p. S. erhöht wird. Der jährliche Mehrertrag dieser Steuererhöhung beträgt 10 Millionen Mark.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntag. Trocken und vielmal heiter, vorübergehend härter bewölkt, mäßig kühl, mittags warm bei ziemlich frischen westlichen Winden.

